

Ausländische Arbeitnehmer



Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

Für Integration und gleichberechtigtes Zusammenleben

**MODELL
DEUTSCHLAND**

... zuerst der Mensch!



Mehr als 7,3 Millionen Menschen ausländischer Nationalität leben in Deutschland. Unübersehbar prägen ausländische Mitbürger Alltag und Gesellschaft.

Die IG BCE vertritt die Interessen der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Schon seit den Anfängen. Wir fördern die Integration und setzen uns für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen ein.

Unsere Positionen sind klar und eindeutig.
Die Kernpunkte:

Einwanderung muss geregelt werden

Die Einwanderung aus arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Gründen muss gesetzlich geregelt werden; ebenso die Integration. Dabei darf nationales und internationales Recht zur Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen nicht eingeschränkt werden. Das gilt auch für den Familiennachzug.

Die Einwanderung aus arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Gründen ist Bestandteil der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Aus- und Weiterbildung der Inländer haben Vorrang vor der Anwerbung von Arbeitskräften.

Einwanderer müssen integriert werden

Einwanderer brauchen Angebote zur Integration. Dazu gehören eine individuelle Beratung, Sprach- und Integrationskurse sowie Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt.



Ausländische Arbeitnehmer

Besonders wichtig ist die Eingliederung in das Bildungssystem. Nur so wird eine nachhaltige und dauerhafte Integration von Neueinwanderern und ihren Familien gelingen.

Gegen Diskriminierung

In einer freien und demokratischen Gesellschaft sind Diskriminierungen unerträglich.

Erste Voraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz der Zugewanderten und der Bekämpfung von Diskriminierung ist eine auf Integration ausgerichtete Politik. Dazu gehört auch der gesetzliche Schutz vor ethnischen Diskriminierungen.

Grundlage müssen die Mindeststandards der Europäischen Union sein.

Betriebsvereinbarungen über partnerschaftliches Verhalten

Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen sind dafür verantwortlich, dass in ihrem Wirkungsbereich Rassismus und Diskriminierung verhindert werden. Sie müssen sich für die Gleichbehandlung aller Beschäftigten, gleich welcher Herkunft, Nationalität, Religion und Hautfarbe einsetzen. Wir wollen mit Betriebsvereinbarungen tatsächliche Gleichbehandlung, Förderung und interkulturelles Lernen im Betrieb sozialpartnerschaftlich und verbindlich verankern.



Kommunales Wahlrecht für Mitbürger aus Nicht-EU-Ländern

Gesellschaftliche Integration bedeutet, im unmittelbaren alltäglichen Umfeld am politischen Leben aktiv teilzunehmen. Deshalb kann ausländischen Mitbürgern, die sich bereits seit vielen Jahren in Deutschland aufhalten und hier bleiben wollen, nicht auf Dauer der Anteil am demokratischen Willensbildungsprozess auf kommunaler Ebene verwehrt werden.

In diesem Bereich werden Entscheidungen getroffen, die unmittelbare Auswirkungen auf die gesellschaftliche und soziale Situation haben. Deshalb müssen Menschen, die seit mehr als fünf Jahren in Deutschland leben, daran mitwirken können – durch ein kommunales Wahlrecht.

Mehrstaatlichkeit und leichtere Einbürgerung

Mehr als 20 Prozent der in Deutschland lebenden Ausländer sind hier geboren. Etwa die Hälfte der ausländischen Bevölkerung hierzulande lebt seit mehr als 10 Jahren in der Bundesrepublik. Sie sind in Deutschland sozialisiert, verstehen sich als Inländer und sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Die Möglichkeit für eine endgültige Integration ist erst dann gegeben, wenn auch politische Rechte eingeräumt werden. Ein Hemmnis für die Einbürgerung ist die im Einbürgerungsrecht fehlende generelle Akzeptanz von Mehrstaatlichkeit.

Der Verzicht auf die ursprüngliche Staatsangehörigkeit bedeutet für viele einen inneren Bruch mit ihrer angestammten Kultur, Geschichte und der Vergangenheit der Familien. So werden die Betroffenen auch im Herkunftsland zu Ausländern.



Die doppelte Staatsbürgerschaft berücksichtigt dies. Und sie unterstreicht die Brückenfunktion ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien zwischen Aufnahme- und Herkunftsland.

Förderung ausländischer Jugendlicher

Ausländische Jugendliche sind bei der Ausbildung benachteiligt. Nur knapp 40 Prozent von ihnen beginnen eine Ausbildung im dualen System. Die Gründe sind unter anderem aufenthaltsrechtliche Hemmnisse sowie Diskriminierungen. Der Mangel an Ausbildungsplätzen und höhere Anforderungen der Unternehmen verschärfen noch die Konkurrenz.

Wir wollen, dass mit dem neuen Berufsbildungsgesetz die Startchancen verbessert werden. Deshalb muss die berufliche Ausbildung im Betrieb unabhängig vom Aufenthaltsstatus möglich sein. Die Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen gehört ebenso dazu wie die Berücksichtigung besonderer Fähigkeiten und Kompetenzen im Auswahlverfahren.

Gegen Rechtsextremismus

Im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus brauchen wir einen Demokratiepakt aller Menschen und gesellschaftlichen Gruppen! Wer Minderheiten ausgrenzt und diffamiert, wer so den Prozess der europäischen Integration aufhalten will, bedroht unsere Demokratie.



Wir müssen klar machen: Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört soziale Verantwortung gegenüber den Schwachen. Gerechtigkeit und Humanität sind in einer Demokratie wichtig und unverzichtbar. Ohne diese Grundlagen hat eine globalisierte Welt keine Zukunft.

Wir tun was!

Die IG BCE setzt sich aktiv für ausländische Kolleginnen und Kollegen ein. So bieten wir in den Bildungszentren Bad Münde, Haltern und Kagel-Möllenhorst spezielle Seminare für ausländische und deutsche Mitglieder, für Betriebsräte, Ortsgruppenmitglieder und Vertrauensleute an. Daneben koordinieren auf allen Organisationsebenen der IG BCE die Arbeitskreise „Ausländische Arbeitnehmer“ die Ausländerarbeit.

Weiterer fester Bestandteil ist die jährliche Recklinghäuser Tagung. Sie bildet ein wichtiges Forum für ausländische Kolleginnen und Kollegen und ist Ausgangspunkt von gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Forderungen. Für die ausländischen Mitglieder gibt die IG BCE außerdem zweimal jährlich die Informationsschrift „Dialog“ in acht Sprachen heraus.

WWW.ZUKUNFTSGEWERKSCHAFT.DE



I M P R E S S U M

Herausgeber:

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

Verantwortlich:

Hubertus Schmoldt,
Ulrich Freese
Königsworther Platz 6
30167 Hannover
Oktober 2004